

Eindrücke von der Landesbasiskonferenz

Am 4. März fand in Teterow die Landesbasiskonferenz unseres Landesverbandes statt. Sie hatte die soziale Ausrichtung unserer Partei zum Thema. Es war fast ausschließlich „Basis“ vertreten, Landesvorstand und Landtagsfraktion waren mit je drei Personen, die Bundestagsfraktion gar nicht vertreten. Auf den inhaltlichen Teil möchte ich hier nicht eingehen, auch nicht auf die verabschiedete EntschlieÙung, das kann man nachlesen (siehe Klartext vom März). Ich möchte mich auf den



Auftritt unseres Parteivorsitzenden Bernd Riexinger beschränken. Er zeigte in seiner Rede, dass unsere Partei nach Programm und Wahlprogramm die einzige wirkliche Oppositionspartei ist und auch bleiben soll. Die folgenden aufgeführten Zitate stehen für sich.

Fortsetzung auf Seite 3

In dieser Ausgabe

■ Seite 2: Editorial
■ Seite 3: Haushalt abgelehnt
Seite 4: Zehn für Berlin
Seite 5: Regionalkonferenz
Seite 7: 10 Jahre Agenda 2010
Seite 8: Arbeitslosenverband
Seite 9: Interview

Seite 10 : Mehmet Turgut
Seite 11 : Solidarität
Seite 12 : Seefahrt un Fischerie
Seite 14 : Karl Marx
Seite 15 : Termine
Seite 16 : Ist Strom Luxus?

Wenn Ihr diese Klartextausgabe in den Händen haltet, werdet Ihr Euch wundern und ärgern, denn von Aktualität kann kaum noch die Rede sein. Das ist nicht die Schuld der Redaktion, Veränderungen sind dringend nötig!

Das gilt natürlich auch für den näher rückenden Bundestagswahlkampf. In diesen Tagen entscheiden wir darüber, wer unseren Landesverband in den nächsten vier Jahren im Bundestag vertreten soll. Die letzte Entscheidung bleibt natürlich den Wählern vorbehalten, um deren Stimmen wir im Sommer kämpfen werden. Richtschnur für unsere KandidatInnen ist das Bundestagswahlprogramm, über das u.a. auf Regionalkonferenzen diskutiert wurde. Wolfgang Methling und Christoph Küsters berichten von der Lübecker Veranstaltung. Lest bitte die Einladung zur Konferenz über den sozial-ökologischen Umbau in Güstrow. Wir schauen wie versprochen auch auf die Landesbasiskonferenz zurück und informieren Euch über die Aktivitäten

unserer Abgeordneten. Wie wichtig die Stimme der LINKEN ist, zeigt sich vor allem in der Kommunalpolitik – dazu ein Bericht über die Haushaltsdiskussion in Rostock sowie Einblicke in die Arbeit der AG Gedenken.

In die März-Ausgabe hatte sich der Fehlerteufel eingeschlichen. Auf Seite 16 wurden Homosexuelle zu Gewinnern und Verlierern erklärt. Natürlich sind sie Gewinner, denn ihr Adoptionsrecht wurde ausgeweitet.

Wir sehen uns am 1. Mai auf dem Rostocker Kastanienplatz! Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



KLARTEXT online

Angekündigter Betrug

Statement des Bundesgeschäftsführers und Bundeswahlkampfleiters Matthias Höhn:

Im Wahlprogrammewurf der SPD klingt vieles gut, aber das war auch bei den vergangenen Wahlen nicht anders. Für die Bürgerinnen und Bürger zählt allerdings die Realität, nämlich die Ergebnisse von SPD-Regierungspolitik. Die lautete, kein Mindestlohn, keine Reichensteuer und stattdessen Hartz IV, Rente mit 67, Entfesselung der Spekulationen, Steuersenkungen für Gutverdiener und eine Mehrwertsteuererhöhung für die Massen. Insofern wirkt das Wahlprogramm der Oppositionspartei SPD wie die Rückabwicklung der Regierungspolitik der SPD. Es ist im Übrigen auch das dritte Wahlprogramm der Sozialdemokraten, in dem sie den Mindestlohn verspricht. Papier ist geduldig, wird sich der eine oder andere Wahlstrategie bei der SPD denken. Die Realität, das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, sieht anders aus und offenbart, die SPD

fährt beim Thema Mindestlohn wie bei vielen anderen Themen mit angezogener Handbremse. Dieses Wahlprogramm ist nicht viel mehr als das Drehbuch für einen simulierten Lagerwahlkampf. Wir sind vor allem gespannt, was von der rosaroten Prosa in einer großen Koalition mit der CDU übrig bleiben wird. Meine Prognose lautet wenig und von manchem sogar das Gegenteil.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch ein Wort zur Agenda 2010 verlieren: Die Agenda 2010 hat Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und nicht zuletzt die Erwerbslosen ärmer gemacht und die soziale Spaltung vertieft. Die deutsche Wirtschaft steht gut da, weil seit Jahr und Tag an der Gerechtigkeit gespart wird. Es gibt heute nicht mehr Arbeit, sondern nur mehr schlechtbezahlte Jobs. Wenn Leute wie Schröder und Steinbrück eine Agenda 2020 fordern, dann läuft es wahrscheinlich vielen kalt den Rücken runter. Alle schönen Programme nützen nichts, wenn man den Betrug schon vorher ankündigt.

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-landkreis-rostock.de.

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Peter Möller, Peter Hörnig,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Er begann: „Wir haben das beste Wahlprogramm aller Parteien, was nicht schwierig ist, wenn man sich die Programme der anderen Parteien ansieht.“ Als Kernpunkte werden im Wahlprogramm stehen:

- Kampf gegen die zunehmende Armut
- gegen Niedriglöhne
- gegen die weitere Umverteilung von unten nach oben
- für einen sozialökonomischen Umbau der Gesellschaft
- für Ostinteressen
- die Linke als bedingungslose Friedenspartei

Unsere Forderungen nach Mietobergrenzen, flächendeckenden Mindestlöhnen und der Einrichtung einer Finanzpolizei wurden inzwischen auch schon

von anderen Parteien übernommen. In diesem Zusammenhang stellte er aber auch klar, dass die SPD in ihrer praktischen Politik bisher noch nie ihre Wahlversprechen eingehalten hat. Bernd begründete die Notwendigkeit einer starken Linken im Bundestag:

- 10 Millionen Menschen in der BRD arbeiten im Niedriglohnbereich
 - Leiharbeit ist die einzige „Wachstumsbranche“ auf dem Arbeitsmarkt
 - zu den offiziell 3 Millionen Arbeitslosen kommt eine erhebliche Dunkelziffer
 - in Mecklenburg-Vorpommern leben 22% der Menschen in Armut.
- „Jede Koalitionsdebatte vor der Wahl ist überflüssig“, sagte Bernd Riexinger den Versammelten und stellte klar, dass es auch danach nur Verhandlungen innerhalb der Haltelinien unseres Programms

geben kann. Diese Auffassung wurde in der Diskussion ausnahmslos unterstützt. Ein Genosse sagte dazu: „Durch Anbiederung an Andere erniedrigen wir uns selbst.“

In seinem Schlusswort ging unser Parteivorsitzender noch einmal auf die Diskussion im Plenum ein. Die folgenden Zitate fanden einhellige Zustimmung:

- „die Basisorganisationen müssen das Zentrum der politischen Auseinandersetzung sein“
 - „wir werden einen simulierten Lagerwahlkampf bekommen, tatsächlich stehen wir gegen vier bürgerliche Parteien“
 - „für seine Parteiführung sollte man sich nicht schämen müssen“
- Dem ist nichts hinzuzufügen.

Peter Möller

Haushalt abgelehnt

Der Winter weicht den ersten Strahlen der Frühjahrs Sonne, die Krokusse sprießen, und Rostock hat für das laufende Jahr noch immer keinen Haushalt (Redaktionsschluss 25.3.). Es scheidet nicht nur am Oberbürgermeister und seinen Einsprüchen, sondern auch am fehlenden sozialen Gewissen einiger Abgeordneter. Geld für Schlaglöcher – ja bitte. Für Kinder- und Jugendarbeit – eher nicht! Unsere Fraktion stellte in der Haushaltsdebatte einen Antrag, die im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe fehlenden 240.000 Euro bereitzustellen. Die Mehrheit in der Bürgerschaft lehnte den Antrag der LINKEN ab. Dazu meinte unsere Fraktionsvorsitzende Eva-Maria Kröger: „Wir haben sehr dafür gekämpft, die finanziellen Mittel für den Kinder- und Jugendbereich zu erhöhen. Bereits zuvor hatten wir fehlende 140.000 Euro aufgetrieben, auch mit den Stimmen anderer Fraktionen. Ich bedauere sehr, dass die anderen politischen Kräfte in der Bürgerschaft unseren Antrag nun abgelehnt haben, ohne selbst alternative Vorschläge zu unterbreiten. Offenbar hatten sie selbst keine Ideen, dem unterfinanzierten Bereich zu helfen. Das bedauere ich sehr.“ Weil den Jugendhilfeträgern notwendige Mittel fehlen, hat DIE LINKE den Haushalt in der März-Sitzung der Bürgerschaft abgelehnt. Nun muss der zuständige Jugendhilfeausschuss entscheiden, welcher Träger noch Geld bekommt und welcher nicht. Eine unerträgliche Situation für alle Beteiligten. Einige Projekte

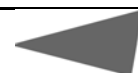


stehen vor dem Aus, Mitarbeiter müssen um ihren Job fürchten, Kinder und Jugendliche werden allein gelassen. Um die Abgeordneten der Bürgerschaft aufzurütteln, riefen die Schulsozialarbeiter, der Stadtjugendring, die Stadtteilbegegnungszentren und viele andere unmittelbar vor der Bürgerschaftssitzung die RostockerInnen zu einer Demo am Rathaus auf. Mit viel Fantasie, Engagement und vor allem dem Einsatz zahlreicher Kinder wurde eindringlich vor den Folgen der Sparmaßnahmen gewarnt. Steffen Bockhahn stellte in seiner Rede klar, dass es mit der LINKEN keinen Haushalt geben würde, der die Jugendhilfe derart unterfinanziert. Wer eine lebenswerte Stadt wolle, müsse in ihre Zukunft investieren.

Ohne eine gesicherte Kinder- und Jugendarbeit sei dies nicht möglich. Die Ansprache kam bei den Anwesenden sehr gut an. Eine Schulsozialarbeiterin bedankte sich ausdrücklich bei der LINKEN dafür, dass wir immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Kinder- und Jugendhilfeträger haben.

Auch das Jugendfreizeitschiff Likedeeler soll Hilfe erhalten. Da sein Arbeit keine klassische Sozialarbeit darstellt, solle es künftig aus dem Etat der Kultur und Denkmalpflege finanziert werden, lautet der Vorschlag unserer Fraktion. Das frei werdende Geld im Jugendhilfeetat soll dann anderen Projekten zugutekommen.

Carsten Penzlin



Zehn für Berlin



Am 13. April findet in Göhren-Lebbin die VertreterInnenversammlung zur Wahl der Landesliste Bundestag statt. Eine VertreterInnenversammlung ähnelt einem Landesparteitag – mit dem Unterschied, dass zu dieser Versammlung extra Delegierte gewählt wurden, die dann auch nur über eine Sache entscheiden dürfen, nämlich über die besagte Liste. Auf der Liste bewerben sich jene GenossInnen, die im September über die Zweitstimme in den Bundestag gewählt werden wollen. 2009 gelang dies Dietmar Bartsch, Martina Bunge und Heidrun Bluhm. In diesem Jahr haben sich zehn Kandidaten im Vorfeld zur Kandidatur bereiterklärt.

Laut Satzung hat der Landesausschuss die Aufgabe, der VertreterInnenversammlung einen Listenvorschlag zu unterbreiten. Seit der Listenaufstellung zur Landtagswahl 2011 wissen wir, welche innerparteilichen Verwerfungen solche Vorschläge und der Umgang mit ihnen hervorrufen können. Damals ging der Landesvorstand über den Listenvorschlag des Landesausschusses hinweg und unterbreitete den Delegierten

punktuell eigene Vorschläge, die dann auch eine Mehrheit fanden. Auch in diesem Jahr konnte der Landesvorstand die Füße nicht stillhalten und erkor Dietmar Bartsch zum „Spitzenkandidaten“, worüber man umgehend die Presse informierte. Damit musste der Landesausschuss umgehen. Er berief wie üblich eine AG Liste (acht Mitglieder), die anhand vorher beschlossener Kriterien eine Reihenfolge der Kandidaten erarbeitete, über die dann alle Mitglieder des Landesausschusses abzustimmen hatten. Die Diskussionen in der AG Liste verliefen sehr konstruktiv, im Ergebnis entstand ein Vorschlag über die ersten fünf Plätze, der dann auch vom Landesausschuss bestätigt wurde.

Platz 1 der Liste war unumstritten: Dr. Dietmar Bartsch. Der Vorschlag des Kreisvorstandes Landkreis Rostock, die Landesvorsitzende Heidrun Bluhm zur Spitzenkandidatin zu küren, konnte schon deshalb keine Berücksichtigung finden, weil Heidrun dies ausdrücklich ablehnte. Sie will für Platz 2 der Liste kandidieren, dem folgte der Landesausschuss. Großen Dis-

kussionsbedarf gab es bei Platz 3: Martina Bunge oder Kerstin Kassner? Die Bundestagsabgeordnete Martina Bunge hat sich in rentenpolitischen Fragen großen Respekt erarbeitet, gleiches gilt für die Gesundheitspolitik (solidarische Bürgerversicherung). Die ehemalige Landrätin Kerstin Kassner genießt hohes Ansehen in Vorpommern, wo DIE LINKE es traditionell schwerer hat als in Mecklenburg. Am Ende war es wohl der Wunsch, im nächsten Bundestag auch eine linke Abgeordnete aus Vorpommern zu haben, die den Landesausschuss bewog, Kerstin auf Platz 3 und Martina auf Platz 5 des Listenvorschlages zu setzen. Auf Platz 4 finden wir Steffen Bockhahn wieder, der mit der ersten Erringung eines Direktmandates in Mecklenburg-Vorpommern für DIE LINKE sein hohes Ansehen in der Bevölkerung unter Beweis gestellt hat.

Schließlich konnte auch der stv. Landesvorsitzende Torsten Koplin zu einer Listenkandidatur überredet werden (Platz 6). Die ersten sechs Personen auf der Liste treten übrigens auch als Direktkandidaten an, Kerstin Kassner gegen Angela Merkel. Auf Platz 7 folgt die Rechtsanwältin Andrea Kähler von der Insel Rügen (Jg. 1961), auf Platz 8 der Jugendhilfereferent Thomas Sarzio (Jg. 1973) aus Neustrelitz, auf Platz 9 der Architekturstudent Hans-Georg West aus Wismar (Jg. 1993) sowie auf Platz 10 Horst Krumpen aus Wismar (Jg. 1966). Das ehemalige FDP-Mitglied Krumpen hat laut eigener Aussage „nach dem langen Umweg vom Linken Liberalen zum Liberalen LINKEN“ eine neue politische Heimat in unserer Partei gefunden. Seine Kandidatur beweist zumindest Mut.

Nun liegt es an der VertreterInnenversammlung, eine weise Entscheidung zu treffen, über die wir dann im Mai-Klartext ausführlich berichten werden.

Carsten Penzlin (Mitglied des Landesausschusses und der AG Liste)

Darum nicht!

Im vergangenen Monat gab unser ehemaliger Parteivorsitzender Lothar Bisky ein Interview. Gut so, dachte ich, qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit kann unserer Partei nur nützen. Wir sind in den bürgerlichen Medien ohnehin erheblich unterrepräsentiert. Nachdem ich aber seine Äußerungen las, änderte sich meine Auffassung gründlich. Die Aufforderung Peer Steinbrück zum Bundeskanzler zu wählen verschlug

mir für einen Augenblick die Sprache. Der steht für alles das, was unsere Partei ablehnt: Sozialabbau, Umverteilung von unten nach oben, Diktatur der Finanzmärkte, Kriegseinsätze der Bundeswehr...

Das wurde von Lothar Bisky verbunden mit der Forderung, einen wichtigen – vielleicht den wichtigsten – Teil unseres Parteiprogramms über Bord zu werfen und auf den Ausstieg aus der NATO zu verzichten.

Eine kompromisslose Friedenspolitik ist das letzte wirkliche Alleinstellungsmerkmal unserer Partei! Hartz-IV-Korrekturen, Mindestlohn und Rückzug aus Afghanistan sind zumindest verbal auch bei den anderen Parteien angelangt. Was soll die Empfehlung Steinbrück zu wählen? Sie wird uns Wählerstimmen kosten. Die Wähler fragen sich doch zu Recht, warum sie uns wählen sollen um etwas ganz anderes zu

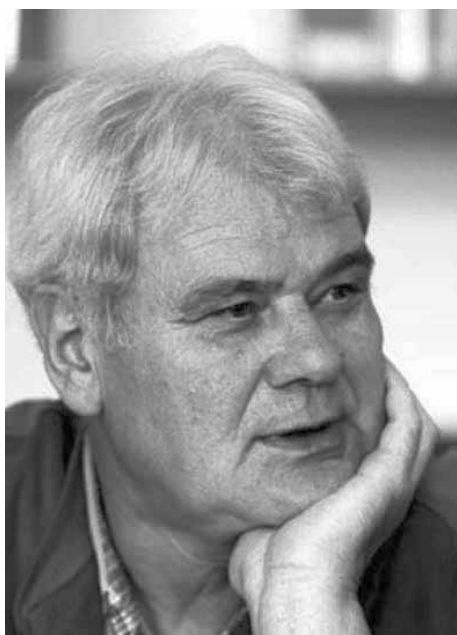
bekommen!

Nun frage ich mich, ist dieses Interview wieder einmal der Versuch, sich (erfolglos) der SPD als „regierungsfähig“ („zu allem fähig“) anzudienen? Oder ist es der Beginn politischer Demenz des Interviewten? Leider ist Lothar Bisky mit dieser Auffassung nicht allein. Andere verbinden den Versuch, der SPD eine „Partnerschaft“ aufzudrängen, im Nebensatz mit dem Wunsch, diese möge doch vorher wieder ein wenig sozialdemokratischer werden. Ja wie denn? Seit 1913 geht es bei der SPD konsequent in die andere Richtung! Aber wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, dass sich das in den folgenden fünf Monaten grundlegend ändert. Soweit zur politischen Ablehnung dieser Option. Einige Anmerkungen zum Kandidaten selbst. Steinbrück steht heute noch zur Agenda 2010, für „Armut per Gesetz“. Er hat als Finanzminister die internationale Finanzmafia auf die deutschen Steuerzahler losgelassen. Er „rettete“ mit deren Geld die Zockerbanken vor der schwer verdienten Pleite. Er beteiligte sich mit seiner SPD am Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Steinbrück wählen? Niemals! Darum nicht!!!

Peter Möller

Sprechstunde

Der Kreisvorsitzende Wolfgang Methling lädt **jeden Dienstag** zum Gespräch. In der Zeit von **10 bis 14 Uhr** können alle Interessierten in der Stephanstraße 17 vorbeikommen, um mit ihm zu diskutieren und Fragen zu stellen. Gerne können Sie sich auch telefonisch anmelden unter der Telefonnummer 0381-49 200 10.



Eindrücke von der Regionalkonferenz in Lübeck

Berichten möchte ich, Christoph Küsters, stellvertretender Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Landkreis Rostock der Partei DIE LINKE, von der Regionalkonferenz zum Bundestagswahlprogramm in Lübeck. Ich fuhr mit einer gehörigen Portion Wut im Bauch zur Konferenz, denn der erste Entwurf des Bundestagswahlprogramms war 86 Seiten lang.

Muss ein Wahlprogramm so lang sein?

Wer von den Genossen liest das noch?

Wer hat den Inhalt eines solchen Programmes am Stand in der Fußgängerzone parat?

Die Regionalkonferenz begann mit einem Eingangsreferat von Jan van Aken aus Hamburg, danach wurden die vier Foren vorgestellt, in denen dann getrennt diskutiert werden sollte:

1. Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Moderation: Sabine Wilms (MdEP)

2. Friedlich und gerecht in der Welt – Moderation: Jan van Aken (stellv. Bundesvorsitzender)

3. Solidarisch aus der Krise – Moderation: Axel Troost (stellv. Bundesvorsitzender)

4. Demokratische Teilhabe – Moderation: Rhaju Scharma (Bundeschatzmeister)

Zunächst aber zum Eingangsreferat: Jan beschrieb die Funktion eines guten Bundestagswahlprogramms: Es soll nicht das Dokument sein, das uns beim Wahlkampf aus den Händen gerissen wird, dafür wird es ein Kurzwahlprogramm geben und themenbezogene Flyer. Es soll stattdessen auf allen Politikfeldern die Position der Linken im Bund für die nächsten vier Jahre beschreiben und auch die Gründe für diese Positionen. Außerdem ist das Bundeswahlprogramm die Richtschnur für die künftige Bundestagsfraktion.

Nun verstand ich besser, warum diese Funktion nicht auf 2 Seiten zu erfüllen ist!

Irene Müller aus MV hielt als behindertenpolitische Sprecherin des Parteivorstandes ein Referat zur Forderung der

Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen.

Bezüglich der Foren kann ich nur über das Forum „Friedlich und gerecht in der Welt“ berichten: Problematisch wurde unsere Stellung zur Bundeswehr gesehen: Wenn wir gegen Auslandseinsätze sind und gegen den Einsatz der Armee im Inneren, warum fordern wir nicht gleich die Abschaffung der Bundeswehr? Antwort von Jan: Im Erfurter Programm wird perspektivisch die Abschaffung gefordert, perspektivisch heißt nicht in den nächsten 4 Jahren. Warum nehmen wir nicht Stellung zu Syrien und zu Mali? Antwort Jan: Er wollte die Stellung zu diesen aktuellen Fragen, wurde aber im Vorstand überstimmt.

Frieden und soziale Gerechtigkeit sind unsere Markenzeichen. Warum heißt das Wahlprogramm nicht 100% Frieden, 100% sozial? Antwort Jan: Gute Idee!

Für diese und alle weiteren Ideen der Teilnehmer der Regionalkonferenz (die ich hier nicht alle wiedergeben kann) wurde immer wieder aufgefordert, diese aufzuschreiben und an den Bundesvorstand zu schicken! Nach der Diskussion in den Foren wurden in einer Abschlussbesprechung die Ergebnisse der Foren zusammengefasst.

Die Konferenz war von den Genossen aus SH gut vorbereitet, so gab es Wasser und eine gute Gulaschsuppe (gegen eine Spende wer wollte). Kritisiert wurde nur der nicht barrierefreie Zugang zu den Räumlichkeiten. Während die Hamburger und die Genossen aus Schleswig-Holstein zahlreich vertreten waren, hätte ich mir mehr Beteiligung von Genossen aus Mecklenburg-Vorpommern gewünscht. Es war eine gute Gelegenheit der Information und Mitgestaltung damit unser Wahlprogramm das Beste aller Parteien wird. Also auf in den Bundestagswahlkampf!

Impressionen von Dr. Christoph Küsters, BO Krakow am See



Weitere Eindrücke aus Lübeck



Am 2. März machten wir uns in meinem Auto auf den Weg zur Regionalkonferenz der norddeutschen Landesverbände der LINKEN in Lübeck, um über den Entwurf des Bundestagswahlprogramms zu diskutieren. Leider waren dem Aufruf des Kreisvorstandes außer mir nur Kerstin Liebich (die mit dem Zug aus Schwerin angereist war), Hikmat Al-Sabty, Ralf Malachowski, und Ralf Orthmann gefolgt. Gudrun Pach wollte mitkommen, den Beifahrersitz mussten wir jedoch Ralf Orthmann überlassen. Wir hatten uns sehr darüber gefreut, dass er als Rollstuhlfahrer dabei war. Es wurde allerdings eine Reise mit Hindernissen.

Das Parkhaus war zwar nicht weit vom Veranstaltungsort entfernt, aber es waren mehrere Barrieren zu überwinden. Das Parkhaus hatte einen neuen Fahrstuhl, der Zugang zu ihm wurde jedoch durch ein (ordnungsgemäß!) davor parkendes Auto und einen 20 cm hohen Absatz erschwert. Im Tagungsgebäude gelangten wir über einen Lastenaufzug im Hof und weitere für Ralf schwer überwindbare Treppenstufen in den Konferenzraum in der 2. Etage.

Die Konferenz war mit ca. 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, vor allem aus Hamburg und Schleswig-Holstein gut besucht. Unser Landesverband war mit ca. 25 Genossinnen und Genossen, insbesondere aus den Kreisverbänden Schwerin, Rostock, Nordwestmecklenburg und Mecklenburgische Seenplatte, sowie Einzelnen aus anderen Kreisen vertreten. Besonders gefreut hatten wir uns über die Teilnahme von Angelika Gramkow, unserer Oberbürgermeisterin

von Schwerin, und Irene Müller (Mitglied des Parteivorstandes) aus Goldberg. Leider war keine/r unserer sechs DirektkandidatInnen für den Bundestag dabei.

Nach der Begrüßung gab Jan van Aken (Stellvertretender Parteivorsitzender und Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion) einen sehr gelungenen Auftakt zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Entwurfes des Bundestagswahlprogramms und den Erwartungen an die Diskussion auf der Regionalkonferenz. Allerdings fehlten bei Jans Einführung als auch bei den anderen Statements der weiteren PodiumsteilnehmerInnen Ausführungen zum Schwerpunkt „Sozial-ökologischer Umbau“. Irene Müller hielt für die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik einen engagierten Beitrag zu den Anforderungen der Inklusion von Menschen mit Behinderungen an das Wahlprogramm und die praktische Politik der LINKEN. Das war für uns angesichts unserer Erfahrungen bei der Überwindung der Barrieren zum Erreichen des Veranstaltungsraumes sehr gut nachvollziehbar. Die anschließende Diskussion im Plenum war sehr offen, teilweise kontrovers, aber immer kulturvoll. Einen besonders starken Eindruck hinterließ Angelika Gramkow mit ihrem vehementen Aufruf, dass alle Programmteile die Menschen vor Ort, in den Kommunen ansprechen müssen und dass die notwendigen bundespolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere die Finanzausstattung der Kommunen, im Programm deutlich

herausgearbeitet werden müssen. Man merkte, dass Angelika aus bitterer Erfahrung als Oberbürgermeisterin unserer Landeshauptstadt sprach. Weitere Schwerpunkte waren die Kapitalismuskritik, die Haltung zur SPD und ihrem Kanzlerkandidaten Steinbrück sowie die Friedenspolitik. Ich machte in meinem Beitrag auf die notwendige ökologische Durchdringung des Programms, den Schwerpunkt sozial-ökologischer Umbau und die stärkere Beachtung der Agrarpolitik und des ländlichen Raumes aufmerksam.

Nach der Mittagspause wurde in Arbeitsgruppen u.a. zur Sozialpolitik und Friedenspolitik weiter diskutiert. In der abschließenden Plenarsitzung gaben die Moderatoren der Workshops einen Kurzbericht über die Diskussion in den Foren. Wie zu erwarten war, wurde die Forderung nach Kürzung und verständlicher Sprache des Programms von Vorschlägen und Wünschen nach Präzisierungen und Erweiterungen begleitet. Das führt natürlich nicht zu einem kürzeren Programm, ist aber aus meiner Sicht notwendig. Jan van Aken zog zum Schluss eine positive Bilanz der Regionalkonferenz, die ein wichtiger Beitrag zur Einbeziehung der Basis in die Erarbeitung des Wahlprogramms war.

Meine persönliche Wertung ist differenziert: der Veranstaltungsort war (aus Kostengründen) sicher nicht optimal, ermöglichte jedoch eine gute, offene Diskussionsatmosphäre und thematische Breite (durch die Workshops). Bei vielen kritischen Wortmeldungen war zu merken, dass die Redner/innen den Programmentwurf noch nicht gelesen hatten. Denn sie forderten Inhalte ein, die bereits im Programmentwurf enthalten waren. Auf jeden Fall war die Konferenz für viele anregend für die weitere Beschäftigung mit dem Programm. Auch deshalb hätte ich mir gewünscht, dass noch mehr Genossinnen und Genossen aus der Hansestadt und dem Landkreis Rostock dabei gewesen wären. Der Kreisvorstand Rostock hat deshalb am 21. März eine eigene Programmdiskussion durchgeführt, über die im nächsten Klartext zu berichten wäre.

Wolfgang Methling

10 Jahre Agenda 2010

10 Jahre Armut per Gesetz

Mit der Agenda 2010 haben SPD und Grüne versprochen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen und neue Wege auf den Arbeitsmarkt zu eröffnen: durch bessere und schnellere Vermittlung und indem Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs Einstiege in reguläre Beschäftigung schaffen sollten. Nichts davon ist eingetreten: Es gibt nicht mehr Arbeit, sie wird nur anders verteilt. Mehr Menschen arbeiten in (oft unfreiwilliger) Teilzeit und können davon nicht leben. Rund 8 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich. Viele sind auf ergänzende Leistungen vom Jobcenter angewiesen, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Das ist eine Zumutung für die Betroffenen – und bedeutet, dass die Billiglöhne der Unternehmen mit Steuergeldern subventioniert werden. Die Löhne insgesamt sind gesunken: sie liegen heute unter dem Niveau aus dem Jahr 2000, die Preise für Wohnen, Essen, Kultur sind aber weiter gestiegen. Die Agenda 2010 hat die Arbeitsmarktlage für Langzeitarbeitslose nicht verbessert. Mehr als die Hälfte derjenigen, die Hartz IV beziehen, hatten auch im Vorjahr Hartz IV bezogen. Über ein Viertel der Vermittelten waren nach drei Monaten wieder im Leistungsbezug: ein »Drehtür-Effekt«. Die Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik sind von 22,1 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 15,4 Milliarden Euro im Jahr 2007 abgesenkt worden (SGB III und SGB II). Die schwarz-gelbe Regierung setzt den Kahlschlag nun fort. Dazu werden Leistungen gekürzt und Sanktionen verhängt. Oft zu Unrecht: Rund die



Rainer Sturm / pixelio.de

Hälfte der Einsprüche gegen Sanktionen hat vor den Gerichten Erfolg. Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hat sich seit 2003 fast verdreifacht: auf mehr als 900 000. Nur 7 Prozent von ihnen werden in reguläre Beschäftigung übernommen. Sie bekommen bis zu 50 Prozent weniger Lohn als die reguläre Belegschaft und genießen meist keinen Kündigungsschutz, weil viele Arbeitsverhältnisse nicht länger als sechs Monate bestehen. Die Agenda-Politik hat dazu geführt, dass die Schere von arm und reich sich weiter geöffnet hat. Armut unter Erwerbslosen nimmt zu.

Das menschenwürdige Existenzminimum wird kleingerechnet. Hartz IV ist Armut per Gesetz. Die SPD und die Agenda-Parteien sind noch heute stolz auf ihre Politik. Soziale Gerechtigkeit geht anders! Auf den Punkt gebracht: Das Hartz-IV-System muss weg! Stattdessen wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine Erwerbslosenversicherung, die den Lebensstandard sichert. Wir fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro – darunter droht Armut. Und wir kämpfen mit den Gewerkschaften für höhere Löhne und gute Arbeit.

Konferenz zum Sozial-ökologischen Umbau

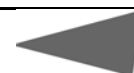
Unter dem Titel „Sozial-ökologischer Umbau – Konzepte und Projekte für Mecklenburg-Vorpommern“ veranstalten die Linksfraktion im Landtag, das Kommunalpolitische Forum und die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 27.4. von 9:30-17:00 in der Viehhalle in Güstrow (Speicherstraße 11) eine Konferenz, zu der alle am Thema Interessierten herzlich eingeladen sind. Bitte meldet Euch bis zum 20. April in Eurer Kreisgeschäftsstelle an.

Ziel der Konferenz ist die Vermittlung der Botschaft in die Partei und in die Gesellschaft (insbesondere zu unseren potenziellen Verbündeten), dass DIE LINKE eine ökologische Partei ist, die vor allem deshalb wählbar und unersetzlich ist, weil sie die ökologische Frage und Antwort mit den entscheidenden Poli-

tikfeldern (Soziale Gerechtigkeit, Eigentum, Demokratie, Frieden u. a.) verbindet. Es sollen Alleinstellungsmerkmale der Politik der LINKEN für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft herausgearbeitet werden: konsequentes Stellen der Systemfrage, also Ökosozialismus statt New Green Deal des Kapitalismus; Umverteilung, Steuerpolitik und Sozialtarife für sozial gerechten Übergang zu ökologisch nachhaltiger Entwicklung; Dezentralität und regionale Kreisläufe statt Zentralität; Nachhaltigkeit statt Wachstumsfetischismus; Gemeineigentum statt Privateigentum in der Daseinsvorsorge, konsequente Friedenspolitik u.a.

Zum Ablauf der Tagung ist Folgendes zu sagen: Nach einem einleitenden Referat von Heidrun Bluhm wird es Referate von

Dr. Ulrich Schachtschneider („Grenzen des Wachstums – Zentralität der ökologischen Frage“), Prof. Wolfgang Methling („DIE LINKE als ökologische Partei in Theorie und Praxis“), MdB Ulla Lötzer („Konzeption der Bundestagsfraktion zum sozial-ökologischen Umbau: PLAN B“) und MdL Dr. Mignon Schwenke („Schwerpunkte des sozial-ökologischen Umbaus in Mecklenburg-Vorpommern“) geben. Anschließend werden die TeilnehmerInnen in vier Foren zu Klimaschutz und Energie, Nachhaltige Regionalentwicklung, Nachhaltige Mobilität, Ressourcenschutz und Recycling diskutieren können.



Regine Lück besucht Arbeitslosenverband Rostock

Dass wichtige Institutionen und Interessenverbände wie der Arbeitslosenverband Rostock (ALV) nicht immer die öffentliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung erhalten, die ihnen gebührt, weiß auch die Landtagsabgeordnete Regine Lück (DIE LINKE). Deshalb nutzte sie eine der wenigen freien Möglichkeiten, die ihr Terminkalender hergab, um den Arbeitslosenverband Rostock zu besuchen und mit seinen amtlichen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen ins Gespräch zu kommen. Sie selbst ist seit der Gründung des Vereines Mitglied und hat auch ganz persönlich immer ein offenes Ohr für seine Belange. Ge gründet hat sich der Arbeitslosenverband im Jahr 1990 mit der Zielsetzung, den Interessen von Langzeiterwerbslosen und sozial bedürftigen Menschen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen und ihnen auch ganz praktische Hilfe zu bieten. Etwa durch Beratung in allen Lebenslagen, Unterstützung bei Bewerbungen sowie beim Umgang mit Behörden.

In den letzten Jahren hat vor allem die soziale Betreuung und Versorgung an Bedeutung gewonnen, so der Vereinsvorsitzende Reinhard Leuchter. Immer mehr Menschen, die den ALV aufsuchen, sind auf ganz praktische Unterstützung in Form von warmen Mahlzeiten und Kleidung angewiesen. Es ist bemerkenswert,

was dieser Verein alles leistet, obwohl er kaum finanzielle Zuwendungen erhält und nur wenige Spenden und Mitgliedsbeiträge zur Verfügung hat. Tatsächlich, so betont Reinhard Leuchter, hat der Verein zwei wesentliche Probleme. Es fehlt an angemessener finanzieller Ausstattung und immer mehr Menschen suchen Hilfe und Unterstützung beim Verband, was ihn an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit bringt.

Regine Lück gibt hierbei zu bedenken, dass dieser Umstand in Zukunft noch zunehmen wird. Grund hierfür ist zum einen die Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit und zum anderen der fortschreitende Sozialabbau. Spätestens mit dem Inkrafttreten der neoliberalen Agendapolitik von Rot-Grün hat sich dieser Prozess noch beschleunigt, in Folge dessen immer mehr Menschen prekär beschäftigt sind und von ihrem Lohn nicht mehr leben können. Was dies für die Millionen betroffener Frauen und Männer bedeutet, war freilich kein Thema bei der Selbstbeweihräucherung von SPD und Grünen zum 10. Jahrestag der Agenda 2010. Vielmehr wird nun ein Nachschlag gefordert. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hingegen übt sich im Beschönigen potenziell brisanter Statistiken und Jahresberichte, wie zuletzt beim Armuts- und Reichtumsbericht und regel-

mäßig auch bei der Arbeitslosenstatistik. Sie folgt ihrer ganz eigenen Logik. Weniger Arbeitslose, brauchen weniger Förderung, weshalb der Etat der Bundesagentur für Arbeit in den letzten Jahren sukzessive verringert wurde. Offensichtlich wird dadurch, dass sowohl Rot-Grün als auch Schwarz-Gelb ein und derselben Losung folgen: Fordern statt Fördern!

Vor diesem Hintergrund findet es Reinhard Leuchter paradox, dass es immer schwieriger wird, Nachwuchs für die aktive Mitarbeit im Arbeitslosenverband zu gewinnen. Reinhard Leuchter und Regine Lück sind sich daher einig, dass der zunehmenden Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse nur dann wirkungsvoll begegnet werden kann, wenn erwerbslose und davon bedrohte Menschen sich miteinander solidarisieren und organisieren. Nur wenn sie gemeinsam lautstark für ihre Interessen eintreten, besteht eine Chance auf ein besseres Leben.

**Wollt ihr den Arbeitslosenverband unterstützen oder etwas spenden?
Arbeitslosenverband Rostock e.V.
Roald-Amundsen-Straße 24
18106 Rostock; Tel. / Fax. 0381-1200929; www.alv-rostock.de**

In der Kita Zwergenhaus

Frühkindliche Bildung für alle ist eine wichtige Sache, da sie die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit schafft. Damit diese vorschulische Bildung funktionieren kann, braucht es vernünftig ausgebaute und ausgestattete Kitas. Für das Zwergenhaus im als sozial schwierig geltenden Rostocker Stadtteil Toitenwinkel hieß das Komplettsanierung in den vergangenen zweieinhalb Jahren durch einen kommunalen Eigenbetrieb. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Eine von Grund auf durchsanierte Kita mit wesentlich mehr Platz zum gemeinsamen Spielen und Lernen. Getragen wird das Ganze von der Volksolidarität und der Stadt Rostock als Bauherrn. Ein gutes Beispiel für ein gelungenes Projekt der öffentlichen Hand. Ich weiß das aus eigener Erfahrung – schließlich habe ich vor knapp sechzehn Jahren im Zwergenhaus meinen Zivildienst begonnen und kenne das Gebäude noch aus „vorsaniertes“ Zeit...



Interview mit Steffen Bockhahn

Zum zehnten Geburtstag der Agenda 2010 schickte die Bundes-SPD Altkaeder Schröder, Müntefering und Steinbrück ins Feld, um ihr Werk zu verteidigen. DIE LINKE wiederholte ihre Kritik an dem größten Sozialabbau in der Geschichte Deutschlands. Aber ein Aufreger war das Thema nicht. Hat sich die Republik mit Agenda arrangiert?

Steffen Bockhahn: Es gibt doch das Sprichwort, wonach der Mensch ein Gewohnheitstier sei. Ich denke, das ist hier auch passiert. Außerdem gibt es viele die sich zurückgezogen haben. Sie mussten erleben, dass die massiven Proteste nichts gebracht haben. Selten gab es so große Demonstrationen und vielfältige Aktionen in der jüngeren deutschen Geschichte wie im Protest gegen Hartz IV. Aber Rot-Grün hat es eiskalt durchgezogen. Und Schwarz-Gelb hat das mitgemacht und angefeuert. Hinzukommen dürfte, dass viele durch die unsicherer gewordenen Arbeitsplätze auch Angst bekommen haben und sich deshalb zurückhalten.

Was haben zehn Jahre Agenda-Politik konkret in Ihrer Heimatstadt Rostock hinterlassen?

Es gibt wohl nirgendwo so viele Call Center wie bei mir zuhause. In den seltensten Fällen sind das gute Arbeitsplätze. Da kalkulieren die Betreiber die Lohnkosten oft knallhart so, dass Hartz IV fester Gehaltsbestandteil ist. Ein richtig abstoßendes Beispiel dafür ist die Sixt-Autovermietung, die ihr größtes Call Center in Rostock hat. Diese Branche ist ein Beispiel für den gewachsenen Niedriglohnsektor, für prekäre Arbeit und andere gravierende Fehlentwicklungen. Etwa 40 Prozent aller Hartz IV-Beziehenden sind Aufstocker. Das ist unfassbar, denn arm trotz Arbeit ist damit der Regelfall.

Nun konnte ja keine Kommune sagen: Nein, bei Eurer Agenda 2010 machen wir nicht mit. Und auch DIE LINKE in Rostock muss mit den realen Auswirkungen vor Ort umgehen. Welche Spielräume haben Sie in der Rostocker Bürgerschaft?

Hartz IV nimmt uns bei den Kommunalfinanzen die Luft zum Atmen. Ich darf daran erinnern, dass es ein Versprechen der Regierung an die Kommunen gab. Entlastungen in Höhe von mehreren Milliarden

Euro wurden angekündigt. Ich habe es mal durchgerechnet und festgestellt, dass wir im Vergleich zu der Regelung, die bis 2005 galt, etwa 200 Millionen Euro mehr zahlen mussten. Wo ist die Entlastung? Zum Vergleich: Rostock hat etwa 170 Millionen Euro Schulden bei einem Etat von etwa einer halben Milliarde Euro. Kurzum: Es fehlt hinten und vorne.

Sie haben gerade den Rostocker Haushalt platzen lassen. Warum?

Ganz einfach: Die Stadt ist pleite. Es gab eine Mehrheit, die deswegen wieder Steuern für die kleinen Leute erhöhen wollte. Wir waren dagegen. Und es fehlten 380.000 Euro für die Sicherung der Arbeit der Träger der Jugendhilfe. Damit sind Jugendclubs und ähnliches gemeint. Unsere entsprechenden Anträge, den Betrag zur Verfügung zu stellen, haben SPD und CDU abgelehnt. Wir hatten vorher gesagt, dass wir dem Haushalt nur zustimmen, wenn dieser vergleichsweise kleine Betrag für diese sehr wichtige Sache beschlossen wird. Also haben wir im Ergebnis konsequent abgelehnt.

Wie Sie sind viele Bundestagsabgeordnete gleichzeitig in Kommunalparlamenten aktiv. Da dürfte doch jede Entscheidung in Berlin auch auf die Frage abgeklopft werden: Was heißt das für meine Gemeinde. Oder?

Wünschen würde man sich das. Es gibt welche, die aus wohlhabenden Gemeinden kommen, die es ja auch gibt. Dann gibt es viele, die meinen: Sie sitzen im Bundestag und müssten jetzt ausschließlich auf die Rechnung des Bundes achten. Ich meine, dass es der ganzen Republik nicht gut geht, wenn die Kommunen am Boden liegen. Anders gesagt: Die Kommunen sind das Fundament, die Länder der Hochbau und der Bund ist das Dach. Ich würde ja immer auf ein solides Fundament achten. Leider entscheiden viele anders.

Gibt es ein klein wenig gemeinsamen Lokalpatriotismus unter den Bundestagsabgeordneten aller Parteien aus Ihrer Region?

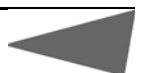
Das hält sich im Rahmen. Aber wenn es gemeinsame Interessen gibt, dann redet man schon miteinander und versucht sich abzustimmen. Aber so sehr viele Abgeordnete hat ja Mecklenburg-Vorpommern

nicht. Wir haben die schönste Landschaft und dafür weniger Einwohner. Aber wir vier linken B's aus dem Nordosten - Bartsch, Bluhm, Bunge, Bockhahn - halten schon fest zusammen.

Sie wollen im September Ihr Direktmandat in Rostock verteidigen. Mit welcher Botschaft?

Zum Wahlkreis gehört noch ein ganzer Teil des Landkreises, der meine geliebte Heimatstadt umschließt. Ich konnte bisher bereits einiges für die Region erreichen, von Mehrgenerationenhäusern, über zusätzliche Freiwilligendienststellen bei der Tafel oder die Instandsetzung von Schiffen der Bundespolizei See. Aber vor allem habe ich immer wieder die Situation der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern oder die Lage der Kommunen im Bundestag thematisiert. Nur so kann man den Druck aufrechterhalten, damit es endlich soziale Verbesserungen, wie einen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Dafür will ich mich gern auch in den nächsten vier Jahren richtig reinhängen.

www.linksfraktion.de



Mehmet Turgut

Mehmet Turgut wurde am 25. Februar 2004 in Rostock-Toitenwinkel von Neonazis ermordet.

Zum Gedenken rief das Bündnis „Erinnern! Verantworten! Aufklären!?“ am neunten Jahrestag des Verbrechens zu einer Kundgebung im Neudierkower Weg – dem Ort des Mordes – auf. Seit Januar berät zudem eine Arbeitsgruppe im Rathaus über eine angemessene Form des Gedenkens (für die Linksfraktion ist Falko Schulz Mitglied, für den Ortsbeirat Stadtmitte Carsten Penzlin), jedoch nicht allein im Hinblick auf Mehmet Turgut, sondern auch mit Blick auf die Ausschreitungen in Lichtenhagen 1992. Leider will nicht jeder begreifen, dass beide Ereignisse keineswegs singular betrachtet werden können, sondern Fremdenhass das verbindende Leitmotiv darstellt. So ist noch offen, ob es im Rathaus oder in dessen Nähe einen zentralen Ort des Gedenkens geben wird. Schon kam der Vorschlag, ein solches Gedenken im Museum für Stadtgeschichte anzusiedeln – ein gedankenloser Versuch der Historisierung der Geschehnisse, deren gesellschaftlicher Hintergrund jedoch zeitlos und von bleibender Aktualität ist. Zurück zur Kundgebung, an der auch unser Landtagsabgeordneter Hikmat al-Sabty teilnahm. Er erklärte: „Der Fall Mehmet Turgut stellt uns heute vor Fragen:

- Wie kann bei Ermittlungsmaßnahmen Leid für Angehörige künftig wirksam vermieden werden?
- Haben die Sicherheitsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern Gespräche mit Verwandten und Freunden von Mehmet gesucht?
- Hat der Mord an Mehmet bei den Behörden neue Sensibilität ausgelöst?
- Wie steht es, um die interkulturelle Kompetenz unserer Beamtinnen und Beamten in den Ermittlungsbehörden?“

Es ist fraglich, ob Hikmat auf seine Fragen Antworten erhält. Im Landtag bemüht sich die Linksfraktion vergeblich, einen Untersuchungsausschuss zu den Hintergründen der NSU-Tätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern und den Fehlern des Verfassungsschutzes einzuberufen. Dazu bedarf es der Stimmen der Grünen, aber sie weigern sich. Aus Rücksicht auf den künftigen Koalitions-



partner SPD? Auch von dort ist keine Unterstützung zu erwarten. Die größte Fraktion im Landtag hielt es ja nicht einmal für nötig, im Landtag der Geschehnisse von 1933 („Machtergreifung“, Ermächtigungsgesetz) zu gedenken, wie ein fassungsloser Peter Ritter in der vergangenen Sitzung des Landesausschusses erklärte. Der Landesvorstand der LINKEN verabschiedete hingegen eine Resolution, die freilich von den Medien auf hergebrachte Weise ignoriert wurde. Hikmat al-Sabty wies auf der Kundgebung auch darauf hin, dass Rostock es bis heute nicht geschafft hat, eine würdige Form des Gedenkens zu finden. „Wenn wir weiterhin Engagement von Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Rostock gegen Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus einfordern, dann schließt dies Politik und Verwaltung notwendigerweise mit ein“, mahnte er. Eine Umbenennung des Neudierkower Weges in Mehmet-Turgut-Weg scheiterte am Einspruch der beteiligten Ortsbeiräte. Steffen Bockhahn kritisierte in einer Pressemitteilung den Oberbürgermeister persönlich: „Die Stadt hat gemeinsam mit der Bürgerschaft eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit der Form des Gedenkens beschäftigen soll. Das ist richtig und notwendig, allerdings gab es zwischen den Bürgermeistern lange vor der Rostocker Gedenk-AG schon Absprachen. Jede Kommune die ein Opfer des NSU zu beklagen hatte, wollte an der Stelle des Verbrechens ei-

nen Gedenkstein aufstellen. Dortmund und Heilbronn haben dies längst getan, nur OB Methling als Chef der Verwaltung blieb bisher untätig. In Kassel wurde sogar ein Platz umbenannt.“ Die Arbeitsgruppe zum Gedenken (an den Beratungen nimmt auch ein Vertreter des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma teil) hat sich nach einem Orts-termin mittlerweile darauf geeinigt, an der Stelle des Mordes einen Gedenkstein für Mehmet Turgut zu errichten. Die letzte Entscheidung hierzu liegt bei der Bürgerschaft. Sie wird auch über den Text der Gedenktafel entscheiden, zu dem das Rechtsamt der Hansestadt Rostock bemerkte, man sollte nicht die Täter benennen, denn solange der Prozess gegen Beate Zschäpe nicht abgeschlossen sei, komme dies einer Vorverurteilung gleich.

Carsten Penzlin



Solidarität mit dem Friedensbündnis

Die FDP-nahe Rostocker Hochschulgruppe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft hat vor einigen Wochen eine „Top-Five-Liste antisemitischer und antiisraelischer Verleumdungen in Mecklenburg-Vorpommern 2012“ veröffentlicht. Auf der Liste findet sich neben Udo Pastörs von der NPD auch das Rostocker Friedensbündnis, in dem auch einige LINKE aktiv sind. Es handelt sich hierbei um keinen Ausrutscher, denn schon am Weltfriedenstag versuchten Mitglieder der Hochschulgruppe, die Aktivitäten des Friedensbündnisses auf dem Rostocker Uni-Platz zu stören. Kritiker der NATO und Israels sollen auf diese Weise

mundtot gemacht werden.

Der Rostocker Kreisvorstand der LINKEN fand auf die jüngste Aktion der Hochschulgruppe eine passende Antwort, den Brief der beiden Kreisvorsitzenden könnt Ihr hier nachlesen:

„Liebe Mitglieder des Rostocker Friedensbündnisses, mit Entsetzen mussten wir von der „Top-Five-Liste“ der Hochschulgruppe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft lesen. Wir distanzieren uns von den hier gemachten Anschuldigungen und erklären unsere volle Solidarität mit Euch.

Jeder Mensch hat das Recht, die Politik

einer Regierung, egal welchen Staates, zu kritisieren. Diesem Menschen dann rassistischen Hass und Ablehnung eines ganzen Volkes zu unterstellen, ist völlig abwegig. Das Äußern von Kritik ist eines unserer wichtigsten Grundrechte, das Recht auf freie Meinungsäußerung. Und es ist gut, dass wir unsere Meinung frei sagen dürfen.

Leider haben nicht alle ein derartiges demokratisches und rechtsstaatliches Verständnis.

Lasst Euch bitte in Eurer Arbeit nicht beirren und seid bitte weiterhin so kritisch und aktiv.“

Unsere Demokratie gegen ihr Spardiktat

Das herrschende Krisenmanagement führt Europa immer tiefer ins Chaos. Allein der Plan, Kleinsparer abzukassieren wird früher oder später zu einem Bank-Run in anderen Euroländern führen. Denn wer vertraut künftig noch einer EU-Einlagensicherung, die angeblich bis zu 100 000 Euro garantiert, im Ernstfall aber nicht funktioniert? - Eine Betrachtung von Sahra Wagenknecht

Das Sichere ist nicht mehr sicher. Die da oben können nicht mehr und die unten wollen nicht mehr. „Stop the cuts, cut the debt, tax the rich“: Der Ruf nach einem sofortigen Ende der Kürzungspolitik, einem Schuldenschnitt und Reichensteuern ist in Europa nicht mehr zu überhören. Auch in Zypern lehnt eine große Mehrheit der Bevölkerung das von Brüssel und Berlin diktierte „Rettungsprogramm“ ab. Es wird immer schwieriger, die Kombination aus Kürzungsdiktaten, Privatisierungen und Zwangsabgaben von Parlamenten abnicken zu lassen.

Auch in Deutschland ist die Zustimmung des Bundestags zum Zypern-„Rettungspaket“ nicht gesichert. Zumal die Verlogenheit der Rettungspolitik immer deutlicher wird. Mit der Begründung, dass man die Spareinlagen der kleinen Leute sichern müsse, haben die europäischen Regierungen in den letzten Jahren etwa 4,5 Billionen Euro in die Rettung ihrer Banken gesteckt. Doch wie das Beispiel Zypern zeigt, geht es bei der Bankenrettung nicht um die Ersparnisse der Bevölkerung. Vielmehr sollen die einfachen Bankkunden nun geschöpft werden, um ein völlig überdimensioniertes Finanzsystem zu

retten, welches nur den Reichen und Konzernen dient. Dass es zu dieser Politik Alternativen gibt, zeigt das Beispiel Island. Dort hat sich die Bevölkerung geweigert, für die Schulden der Banken zu bluten. Die ausländischen Gläubiger gingen leer aus, die Banken gingen in Konkurs, wurden anschließend vom Staat übernommen und kleinreguliert. Es wäre gut, wenn diese isländische Lösung in Zypern und anderen Ländern Schule machen würde. Statt die Besitzer großer Geldvermögen

ropa sollten die Schulden, die den Staaten durch die Bankenrettung entstanden sind, gestrichen werden. Ein solcher Schuldenschnitt muss zulasten der privaten Banken, Hedgefonds und Spekulanten erfolgen und die Kleinsparer verschonen. Unsoziale Kürzungsprogramme wären dann überflüssig. Wer solche Alternativen durchsetzen will, muss die Finanzmafia entmachten, statt sich von ihr einkaufen zu lassen. Was wir brauchen, ist eine Politik, die endlich den Mut

aufbringt, den Zockern das Handwerk zu legen. Damit die Zinsen für neue Kredite nicht steigen, sollte die Erpressung der Staaten durch die Finanzmafia beendet werden indem eine anders verfasste europäische Zentralbank den Eurostaaten Direktkredite gibt. Millionäre und Großkonzerne müssten zur Kasse gebeten, das europäische Lohn- und Steuerdumping beendet werden. Die unsozialen Kürzungen in den Krisenländern müssten ebenso zurückgenommen werden wie die Agenda 2010,



**Hier und in Europa:
Demokratie und
Sozialstaat verteidigen!**

DIE LINKE.

zu retten sollte man die Spareinlagen der normalen Bevölkerung sichern. Um Verluste auszugleichen und den zyprischen Bankensektor zu rekapitalisieren, müssten die Eigentümer und Gläubiger der Banken in die Pflicht genommen und Bankeinlagen über 500.000 Euro gepfändet werden. Dies ist der einzige Weg, um dem Land eine wirtschaftliche Perspektive zu sichern und das Chaos zu beenden. Konzerne und Superreiche haben jahrelang vom zyprischen Finanzparadies profitiert. Da ist es nur billig, wenn sie jetzt für den Schaden aufkommen. In ganz Eu-

mit der hierzulande Arbeitslose entrechtet, Löhne und Renten gedrückt und Gewerkschaften geschwächt wurden. Letztlich brauchen wir ein anderes Wirtschaftssystem, um die Krise zu überwinden. Ein System, das Solidarität an die Stelle von Konkurrenz setzt und in dem Gesundheit, Bildung, die Versorgung mit Wasser, Energie, Wohnraum und die Altersvorsorge der Menschen nicht dem Profitprinzip unterworfen sind. Eine Gesellschaft, in der die Wirtschaftsmacht gebrochen und echte Demokratie an die Stelle einer Spardiktatur getreten ist.

Kurt Kaiser vertellt oewer Seefohrt un Fischerie

II.



Hochseefischer

An ´n 24. April 2013 kickt dei Rostocker Hochseefischerie up ehr 63-jöhriges Bestahn trüch. Mit oewer 9000 Beschäftigte twischen 1950 und 1990 wier dat Fischkombinat ein von dei führenden Wirtschaftstwiege von uns Stadt an dei Warnow. Ick mücht nu, in Förtsetzung von mienen Reis´bericht, Deil I, noch ´n poor Beläwnisse vertellen, dei wiesen woans dat früher wier. Dei Position „Georgesbank“, as Deil von dat Flachwarergebiet „USA-Schelf“, liggt blots poor Seemielen vör Boston, an dei USA-Ostküst. Dor, unner ständige Beobachtung von ´n „Klassenfeind“, fischten ok 1972 noch bit tau 1500 Hochseefischer ut dei DDR. Ick wier mi bewusst, dat dei Ostsee-Zeitung nich alls, wat ick oewer miene Beläwnisse dor schräwen heff, veröffenlichen wü. So mankes passte nicht rin in ´n Tiedgeist un dei Wiertevörstellungen von ´n „Realexistierenden Sozialismus“. Dei Fischer argerten sik un mank einer schämte sik ok, dat ehr Schipp üterlich so rustig un verkamen utseech. Im Gegensatz tau dei westdütischen, ja, sogor polnischen „Damper“ wiern unsere dei reinsten „Rustemmer“. Dor vertellte mi ein Bootsmann, dei ihrenamtlich ok noch Parteisekretär wier, een Geschicht oewer denn Besäuk von ein SED-Politbüromitglied in ´n Rostock. Dat wull seihn woans dei Fischladung lösch un verarbeit´ ward. Ein FVS mit Frostfisch, har grad an ´n Kai von ´t Kombinat anleggt. Dei Damper har ´ne lang Reis hinner sik un seech – von ´t Soltwarer anfräten – fürchterlich ut. Dei Kombinarsleitung ordent nu fuurtsens dat anmalen von denn „Rustemmer“ an. Oewer dat wier nich mihr vör denn Besäuk tau schaffen. Also wü blots

dei Landsiet ansträken. Dat Leichtern von Frostfisch ut dei Laderühme ging trotzdem flott wierer. So wü kort fört Indrapen von denn „hogen Besäuk“ dei Arbeit, also dat Löschen un ok dei Malerie fartig. Dei Landsiet von ´t Schipp glänzte nu in frisch Farw un ok denn Rest Ladung har dei Nachtschicht noch leichtert krägen. Also: „Party künn go on!“

As nu dat hohe Gremium mit ehren Genossen von ´t Politbüro an ´n Kai ankehm, um dat Schipp tau besichtigen un dei Lüd för ehre gaude Arbeit tau gratulieren, un dat mit allen Pipapo: Fernsehenn un anner Medien, staunte man nich schlecht oewer dat Utseihn von dat FVS: Dei Upbuten seegen nu ganz manierlich ut, blots oeberhalf von denn Wareerpegel har dat Schipp ein gaud halben Meter puren Rust, ne Ort Buhkbind as ´n Zigarr. Dei Grund? Ahn Last, wier dat Schipp höger ut dat Warer stägen, wat man nich bedacht har. Also wü denn hogen Gast, ´n Potemkimschet Dörp vörspiegelt, watt nich blots in ´n Fischkombinat tau disse Tied all grote Mod wier.

Logbauk, 16. November 1972: An ´n 15. Nov. erreichten wi dei niege Position 48 Grad Nurd / 48 Grad West. Hier hemm siet Anfang November zwölf Z-Trailer un dat autonome FVS ROS 305 <Louis Fürnberg> fischt. Un nu sall et tau ein Tausamendrapen von uns KTS mit dat FVS Louis Fürnberg kamen. Um wat geht ´t bi diss Rendezvous up See?

Dei lerst Stüermann, Herbert Otto, klort mi inn Kordenruum up: „Bi Baffinland, dat liggt bi Position 62 Grad Nurd un 61 Grad West, hett FVS <Fürnberg> Kabeljau fischt un will dorvon 100 Tunnen Filet an uns oewergäben.“ Dat KTS hett sik all bi uns Georgesbank-Flott denn Buk mit 26 Dusend Tunn Hieringsfilet vullschlagen un will vör ehre Heimreis nu noch zwei Verladeoperationen up hoge See dörchfüern. Disse up Position 48 / 48 Grad, süll dei

ierste sien. Oewer, wägen Storm mösst för 12 Stunn dit Vörhaben unnerbraken warn. Plant wier, dat von „Evershagen“ fuurts na Indrapen up dei afsprakene Position, Frostwor übernahmen ward. Oewer dei Windstärken um Acht un Nägen un hoch Dünung maken dat dortau nödige „Längssietgahn“ un „Fastmaken“ unmöglich. So krützt nu uns KTS gegen Storm un Bülgen an, luernd up bätres Wärer un ruhige See. Dei Fangleitung drängelte per Funk, un geht besonnens uns Kapteins up dei Nerven. In Rostock makt sik all dei Bahn prat, um ´ne Fracht Heilbutt in dei CSSR tau exportieren. Rolf Holzapfel, steiht mit Kaptein Hans Funk von FVS „Fürnberg“ in Verbinnung: „Wat maken wi Hans, leggen wi los orrer täuben wi noch?“ – „Ick weit nich recht, Rolf. Dat Risiko is woll noch tau grot, wenn wat passiert, kricht dei Seekahmer uns an ´n Nors!“

„Dat mag sien, oewer dei Kombinarsleitung sitt uns in ´n Nacken un quost mi dei Uhren full. Nahsten, wennst scheif gahn is, willt keiner wäst sien!“

So güng dat hen un her, bit nu dei beiden Kapteins sik entslaten hemm, mit ehr Schippe längssiets tau kamen un aneinander fasttaumaken. Dei Storm har sik swors leggt, oewer dei Atlantikdünung wier nich tau unnerschätzen. Ehre mächtigen Bülgen sünd dörchut noch inne Laag, zwei Schipp aneinander tau slagen un tau beschädigen. Dit wier also ein swore Entscheidung, för dei sik ümmer dei Kapteins tau verantworten hemm.

In ´t Logbauk von ´t KTS schriwt uns lerst Stüermann an´16. Nov. 1972:



Kapitän Rolf Holzapfel auf der Brücke von ROS 320

„16:40 Uhr Start der Ladeoperation“. Dormit begün een hard Stück Arbeit von dei beiden Crews gegen Storm, Bülgen un Wachten. Dei Ladebohm hiewte einen mit Kartons prall füllt Netz - dei Brook - von ´t FVS roewer tau dat KTS. Jede Brook faat viertig Pakets mit Fischfilet. Dreiuinachtzig Mal möt disse Vörgang vör sik gahn, bit hunnert Tunnen Kabeljau löscht un verstaust sünd.

Wi lang ward dat duern? Schienwarfer maken up dei Schippe dei Nacht tau ´n Dag. In ´n Stauruum von „Evershagen“ nähmen söben Männer dei bannig dull henn un her pannelnde Last in Empfang. Ein Wunner, woans dei Mann anne Wunsch dei Ladung dörch dei Luk balanciern.

Dei Schipp sünd in ständig Bewägung: einmal na Back- und Stuerbuurd synchron, denn werrer gegen- un utinander. Dat is ein stännig luutstarkes Pressen, Stöten un Rieten!

Mit mal ritt ein Stahltross, dat kracht as ´n Kanon´schuss. Fetzen pietschen oewer Deck und slagen een Bullog an dei Burdwand kaputt. Taun Glück hett dat keinen von dei Mannschaft drapen. Oewer wer weit, wi lang dei annern Lienen noch hollen? - Dei Männer anne Wunsch un dei Stauer arbeiten hart. Dat is wi in ein Schlacht, dei blots Sieg orrer Niederlag kennt. Man künn fragen, wat is denn schon besonneres doran, Pakete tau stauen? So orrer ähnlich wür´n ok schon för hunnert Johr Schippsladungen verstaust. Dor geef dat oewer einen groten Ünnerscheid: Sönne Arbeiten würn in ´n sichren Haben verricht. Un schon



Kühl- und Transportschiff ROS 320 „Evershagen“

gor nich bi Minus twintig Grad inn Stauruum un Windstärke Söben as hier up ´n Ozean.

Klock 18:00. Dei Windmäter wiest 18,5 Meter inne Sekund, dat is schon Windstärk Acht! In dei anspannten Lienen piept dei Storm ein gruglich Leed. FVS „Förnberg“ spält up dei Fender Dudelsack. Dei Fenderketten schüern schrill anne Burdwand. Dei Atlantik ward ümmer unrauhiger, spritzt Warer öwert Deck. Ick fäul mi wi ´n Horrorfilm, mie ne Nerven liggen blank. Oewer ick nähm mi an denn Kaptein een Biespill, dei sik nich ut dei Rauh bringen löt! Noch mal röppt hei sienen Kollegen up de „Förnberg“ an: „Weißt wat, Hans, wi dampen jetzt gegen an, ganz langsam. Vielleicht stabilisiert sik denn dat hier werrer bäten, dei Männer kriegen ja nu kuum noch dei Brook dörch dei Luuk balanciert.“

Holzapfel is in sien beleiftes Platt wesselt, obwoill dat dei Deinstvorschrift nich erlauwen deed. Oewer Hans Funk is ja ok ein waschecht Meckelbörger, un hei antwuurd fuurts: „Okay Rolf, wenn

du meinst, denn maken wi dat so und dampen langsam gägenan.“

20:00 Klock, dei Wind briest nu mit acht Saaken. Dei Schippe swemmen nu bäten ruhiger, wägen dei langsam Fohrt gegen Storm un Wachten. Ick kiek inne Nacht un denk: Dat möst doch ein eigenortig Bild sein, up hoge See, twei hellbelücht miteinander verbun´ne Fohrtüg´, wi Geisterschipp dorhen fohren tau seihn. Oewer ick seih man bloots dei „Förnberg“ näben uns un denn ringsüm dei witten Schuumkronen. In ´n Fokus von dei Schienwarfer verstööwt dei Gischt von dei immer öfter up ´t Deck kamede Bräker. Un endlich hett dat heiten: „Farig tau ´n Afleggmanöver, Lienen los!“

Literatur- und Bildquellen siehe Kurt Kaiser: „Bülgen un Wachten“ - „Wellen und Wogen“, ein Buch in Platt- und Hochdeutsch (322 Seiten, herausgegeben zum 60. Jahrestag der Rostocker Hochseefischerei, 2010)

Geburtstage im Landkreis

Geburtstage April 2013

Jutta Drews	BO Amt Schwaan	75. Geburtstag
Roswitha Friedel	BO Kühlungsborn	87. Geburtstag
Willi Gerdel	BO Kröpelin	83. Geburtstag
Ernst Jahnel	BO II Bad Doberan	88. Geburtstag
Bruno Sibbel	BO Rerik	90. Geburtstag
Gerhard Tamms	BO Papendorf	86. Geburtstag

Geburtstage Mai 2013

Walter Böhnke	BO Kühlungsborn	81. Geburtstag
Manfred Klein	BO Amt Schwaan	60. Geburtstag
Ursula Lindt	BO Graal-Müritz	87. Geburtstag
Hertha Ludwig	BO Kammerhof Bad Doberan	99. Geburtstag
Nikolaus Riedel	BO Sanitz	82. Geburtstag
Doris Tack	BO Dummerstorf	70. Geburtstag

Zum 130. Todestag von Karl Marx

Die Regionalgruppe (RG) des RotFuchs (RF) aus Rostock hatte aus Anlass des 130. Todestages von Karl Marx unter der Thematik „Die Bedeutung und Aktualität der Schriften von Karl Marx als Richtschnur unseres Handelns für die Überwindung der gegenwärtig in der BRD vorherrschenden kapitalistischen Verhältnisse“, zu einer Bildungsveranstaltung eingeladen.

Über 50 Gäste besuchten die Veranstaltung, die in gewohnter Weise durch den Vorsitzenden der RG, Carsten Hanke, eröffnet wurde. Schon in der Einleitung wurde die Bedeutung von Marx Schriften für die heutige Zeit hervorgehoben und u. a. der Bezug zur Agenda 2010 hergestellt, die am gleichen Tag, aber erst vor 10 Jahren, vorgestellt wurde und mit ihren sozialen Grausamkeiten bis heute nachwirkt.

Im Anschluss übernahm Herr Prof. Dr. Götz Dieckmann (Stellv. Vorsitzender des RotFuchs-Fördervereins e.V.) als Gastreferent das Wort. Er begann seine Ausführungen mit einer Zeitzeugenberichterstattung aus dem Jahr 1983, jenem Jahr, in dem er zum 100. Todestag von Karl Marx mit einer Delegation der SED zur internationalen Marx-Konferenz im Januar 1983 in Paris weilte.

Prof. Dieckmann betonte, dass auch die wissenschaftliche Konferenz im April des Jahres 1983 in Berlin ein enormer Erfolg war, weil es u. a. auch die bisher größte Marxistische Konferenz mit Beteiligung kommunistischer, sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien war, an welcher u. a. auch eine Delegation der SPD aus der BRD teilnahm. In seiner Einleitung berichtete unser Gast-Referent u. a. von seinen nachhaltigen Erlebnissen in Bolivien und Peru. Mit den dortigen Kommunistischen Parteien bestand eine enge solidarische Verbindung mit der SED. Ein weiteres wichtiges Datum war für ihn die Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau 1987 unter Beteiligung vieler kommunistischer Parteien. Dort wurde ihm im Ergebnis der Diskussionen bewusst, dass die Fortführung der von Gorbatschow eingeleiteten Veränderungen letztendlich das Ende der DDR bedeuten würde. Diese, für die Gäste mitunter etwas längere, Einführung war insofern auch von Bedeutung für die zu behandelnde Thematik, weil sie deutlich machte, wie wichtig und notwendig es ist, die

gesellschaftlichen Veränderungen auf den Spuren von Marx immer neu zu bewerten, um auch daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies wurde besonders deutlich in den nun folgenden theoretischen Ausführungen. Mehrmals betonte Prof. Dieckmann, beim Studium von Marx darauf zu achten, in welchen Zeiträumen (und zu welchen Anlässen) z. B. „Das Manifest der kommunistischen Partei“ und „Das Kapital“ von Marx erschienen, die beide letztendlich als Grundpfeiler der marxistischen Lehre anzusehen sind. Dabei muss man auch berücksichtigen, dass die von Marx erstellte und für die heutige Zeit immer noch aktuelle Mehrwerttheorie, erst später erschienen ist. Selbstkritisch stellte Prof. Dieckmann fest, dass wir die Werke unser Klassiker zu unterschiedlichen Zeiten auch unterschiedlich lesen und wenn man sich nicht als Dialektiker begreift, dann kann man die Klassiker nicht begreifen.

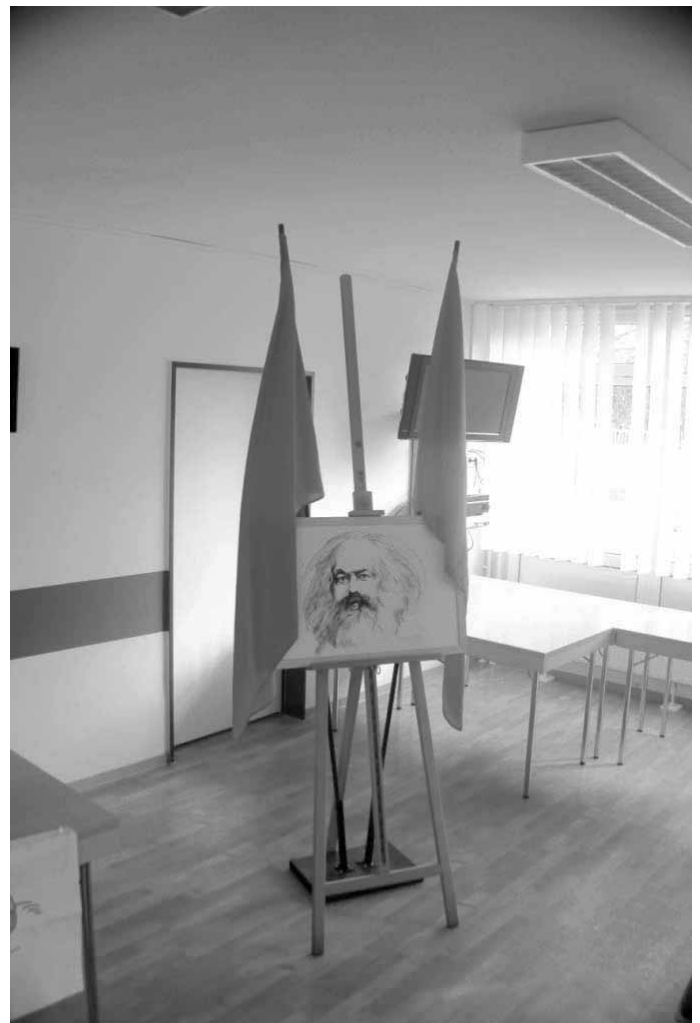
In seinen weiteren Ausführungen verwies er insbesondere auf solche Werke wie „Die Kritik der politischen Ökonomie“ von Marx. Es wurde insbesondere auch darauf hingewiesen, dass die von Marx zuerst aufgestellte Theorie: ... „dass eine Krise in die Revolution führt“ von ihm selbst nach den Krisen 1857 und 1873 revidiert worden ist. In diesem Zusammenhang wurde die Erkenntnis nachhaltig untermauert, dass der Kapitalismus nicht von alleine verschwindet, sondern gestürzt werden muss. Obwohl der Referent mit sehr vielen theoretischen Aussagen zitierend arbeitete, so waren diese immer mit praktischen Bezugspunkten aus der heutigen Zeit belegt, welche die ganze Veranstaltung lebhaft und nachhaltig werden ließen. Nach diesen umfangreichen Ausführungen

von Prof. Dieckmann gab es genug Gesprächsstoff für die anschließende Diskussion.

Nach einer sehr intensiv geführten Diskussion waren sich, nach den Reaktionen zu urteilen, die Anwesenden einig, dass die Schriften von Marx weiterhin Richtschnur für die Überwindung des Kapitalismus und für die gesamte linke Bewegung weiterhin von Bedeutung sind bzw. sein sollten, wenn sie denn erfolgreich und glaubhaft die Zukunft gestalten will.

Aufgrund der positiven Resonanz auf die Ausführungen von Prof. Dieckmann wurde durch den Vorsitzenden der RG gleich eine Einladung für den März 2018 ausgesprochen. Aus Anlass des 200. Geburtstages von Karl Marx könnte dann eine größere Veranstaltung durchgeführt werden.

Carsten Hanke



Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Freitag, 5. April 2013	17:00	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Gaststätte
Mittwoch, 10. April 2013	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, Sitzungssaal
Donnerstag, 11. April 2013	20:00 Uhr	Film "Verboten-Verfolgt-Vergessen"; VVN-BdA Rostock	Rostock	Peter-Weiss-Haus
Dienstag, 16. April 2013	18:00 Uhr	Gemeinsame Stadtteilversammlung Rostock Heide und Warnemünde, Gast Wolfgang Methling	Rostock	Volkssolidarität Laakstr.
Mittwoch, 17. April 2013	19:00 Uhr	„Agrarwissenschaften in Vergangenheit und Gegenwart“ Buchvorstellung Prof. Dr. Siegfried Kuntsche und Prof. Dr. Fritz Tack	Tellow	Galerie im Kornspeicher
Mittwoch, 17. April 2013	17:30 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Reuthersagen mit Prof. Dr. Fink	Rostock	Etkar-Andre-Str. 53
Donnerstag, 18. April 2013	16:30 Uhr	„Der 17. Juni 1953- Wahrheit und Hetze“ Forum mit Wilfried Schubert (RotFuchs)	Güstrow	„Haus der Generationen“
Freitag, 19. April 2013	17:00	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Gaststätte
Montag, 22. April 2013	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Montag, 22. April 2013	18:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Lütten Klein	Rostock	MGH Lütten Klein
Dienstag, 23. April 2013	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 24. April 2013	15:00 Uhr	„Gibt es einen Ausweg aus der Eurokrise?“ Forum mit Dr. Klaus Blessing (RotFuchs)	Rostock	MGH Evershagen
Mittwoch, 24. April 2013	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 27. April 2013	10:00 Uhr	„Konferenz zum sozial-ökologische Umbau“	Güstrow	„Viehhalle“
Dienstag, 30. April 2013	15:00 Uhr	Sitzung IG EntRüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 1. Mai 2013	10:00 Uhr	1. Mai-Kundgebung	Rostock	Werftdreieck
Mittwoch, 1. Mai 2013	11:00 Uhr	1. Mai – politisches Volksfest	Rostock	Kastanienplatz
Mittwoch, 1. Mai 2013	10:00 Uhr	Aktionsbündnis Doberan	Bad Doberan	an der Kamp-Spitze
Mittwoch, 1. Mai 2013	10:00 Uhr	1. Mai-Fest	Güstrow	Markt
Donnerstag, 2. Mai 2013	15:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung mit Wolfgang Methling	Rostock	MGH Evershagen
Montag, 6. Mai 2013	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 7. Mai 2013	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 7. Mai 2013	16:30 Uhr	„Bundestagswahlen 2013 – Die Ziele der Partei DIE LINKE“ Forum mit MdB Heidrun Bluhm, Landesvorsitzende und Direktkandidatin für den WK 17 (RotFuchs)	Güstrow	Haus der Generationen
Mittwoch, 8. Mai 2013	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 8. Mai 2013	9:30 Uhr	„Tag der Befreiung“	Güstrow	Sowjetischen Ehrenfriedhof
Mittwoch, 8. Mai 2013	17:00	Ehrenfriedhof	Rostock	Puschkinplatz
Mittwoch, 8. Mai 2013	18:18 Uhr	Ehrung	Bad Doberan	Ehrenmal im Bachgarten
Freitag, 10. Mai 2013	15:00 Uhr	„Die linke Bewegung-Einigung aller, ist das heute machbar?“ Forum mit Patrik Köbele (RotFuchs)	Rostock	MGH Evershagen
Samstag, 11. Mai 2013	10:30 Uhr	Polit-Frühshoppen mit Prof. Dr. Wolfgang Methling	Graal Müritz	Hotel "Ostseewoge"
Montag, 13. Mai 2013	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Mittwoch, 15. Mai 2013	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, Sitzungssaal
Donnerstag, 16. Mai 2013	18:30 Uhr	Kreistagsfraktionssitzung	Güstrow	Kreisverwaltung
Dienstag, 21. Mai 2013	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 22. Mai 2013	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 23. Mai 2013	16:30 Uhr	„Als die Bücher brannten-10. Mai 1933“ Forum mit Prof. Dr. Benno Pubanz (RotFuchs)	Güstrow	Haus der Generationen
Freitag, 24. Mai 2013	18:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Nienhagen	Freizeitzentrum
Freitag, 24. Mai 2013	19:30 Uhr	Filmvorführung „Die Verlobte“ (DEFA-Spielfilm von 1979/80 u.a. mit Jutta Wachowiak, Inge Keller und Käthe Reichel) mit anschließender Diskussion mit dem Regisseur Günter Reisch.	Nienhagen	Freizeitzentrum
Montag, 27. Mai 2013	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 28. Mai 2013	15:00 Uhr	Sitzung IG EntRüstung	Rostock	Stephanstraße 17

Noch ein Gedicht

Tierische Solidarität (von Renate Baumgärtel)

Das Rotkehlchen ist ein kleiner Held.
Ob ihm der Winter wohl gefällt?
Es hüpfert ganz mutig durch den Schnee.
Tun ihm da nicht die Beinchen weh?
Es pickt die kleinen Körnchen munter,
die Meisen warfen sie hinunter.
Und dieses kann man wirklich loben;
hier klappt die „Fair Teilung“ nach unten
von oben.

Regine Lück in Gnoien

Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „DIE LINKE. wirkt im ländlichen Raum“ fand am 25. März 2013 im Klub der Volkssolidarität Gnoien das Informations- und Diskussionsforum zu „Aktuelle Fragen und Ansätze im Bereich Bauen – Wohnen und Landesentwicklung“ mit Regine Lück (MdL, Vizepräsidentin des Landtages und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE) statt. Fast 20 interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Genossinnen und Genossen folgten dieser Einladung und erfuhren spannende Einsichten in die perspektivische Weiterentwicklung der Stadt Gnoien zusammen mit den anderen umliegenden Städten u.a. Teterow, Tribsees und Dargun. Der Kreisverband Gnoiens führte die Veranstaltung mit Mitgliedern der Landtagsfraktion bereits zum zweiten Mal durch.

DIE LINKE. hilft:
mit Sprechstunden und Beratungsangeboten.

Rentenfragen

Eine umfassende Information zur Rentenpolitik ist notwendig!

Deshalb laden wir alle interessierten Bürgerinnen und Bürger am 06. Mai 2013, von 18:00 bis 20:00 Uhr ins Mehrgenerationenhaus Lütten Klein, Danziger Str. 45 d, herzlich ein. Es spricht die Rentenexpertin Dr. Martina Bunge, Mitglied des Bundestages.



Ist Strom ein Luxusgut?



Mit der sozialen Ausgestaltung der Energiewende befasst sich der Bundestag am heutigen Donnerstag. Kein Thema setzt die Energiewende derzeit so stark unter Druck wie steigende Strompreise. Besonders für Haushalte mit niedrigem Einkommen und Hartz-IV-Empfänger ist der teure Strom ein Problem. Die Folge: Etwa 312.000 Haushalte wurde im Jahr 2011 vorübergehend der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlt hatten. Tendenz steigend.

Zum Jahresanfang 2013 haben rund 522 Versorger die Preise erhöhen - um durchschnittlich 12 Prozent. Der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde Strom hat sich seit 2001 auf 28 Cent verdoppelt. Die EEG-Umlage verteuerte sich im selben Zeitraum von 0,2 auf 5,27 Cent. Weitere Erhöhung entfielen auf andere Steuern, vor allem aber auf Erzeugung und Vertrieb. Letzteres stecken sich private Stromanbieter und Netzbetreiber in die Tasche. Ausnahme: Unternehmen mit hohem Stromverbrauch können eine weitgehende Befreiung von der EEG-Umlage beantragen. Entsprechend hat sich die Zahl der Anträge auf Befreiung mindestens verdoppelt. Ein Geschenk der schwarz-gelben Regierung an die internationale Stromindustrie. Für Millionen von Bürgerinnen und Bürgern wird Strom jedoch zum Luxusgut, wenn die Energiewende nicht mit bezahlbaren Strompreisen gewährleistet wird und Stromsperrern gesetzlich verboten werden. Strom gehört ebenso zu einem menschwürdigen Dasein wie Wohnraum und Wasser. Deshalb muss die Energieversorgung wieder Teil der

öffentlichen Daseinsvorsorge werden und gehört nicht in die Hand privater Unternehmen. Stattdessen muss die Rekommunalisierung, also die Rückgewinnung der Energieversorgung durch Kommunale Unternehmen und Stadtwerke Bestandteil der Energiewende werden. Nur so kann in Zukunft die bezahlbare Umstellung auf erneuerbare Energien für alle gewährleistet werden.

Text: Steffen Bockhahn, Foto: Petra Bork / Pixelio.de

Up un Dal



Gewinner:

Hunde und Katzen! Kein Vermieter darf Euch mehr verbieten, wenn Ihr artig seid! Ein soziales Urteil, denn Tiere helfen gegen Einsamkeit.

Verlierer:

Die FDP will kein NPD-Verbot. Dummheit könne man nicht verbieten, sagt sie. Das stimmt, Herr Rösler, sonst wären Sie längst weg!

Monatszitat

„Wer tüchtig schreiben will, muss sich seiner Sache sicher sein und darf nicht zu viel wissen. Darum braucht man zum Schreiben ein Mindestmaß entweder von Frechheit oder von Dummheit.“ (Rudolf Smend, 1882-1975, westdt. Gelehrter)

Monatszähl

Drei Abgeordnete der SPD saßen im Bundestagsplenum, als über mehr Transparenz bei Nebeneinkünften der Parlamentarier abgestimmt wurde. Soviel zum Stellenwert des Themas in der Steinbrück-Partei.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer war beim Rotfuchs zu Gast?
2. Wo fand die nördliche Regionalkonferenz zum Bundestagswahlprogramm statt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 30.04.2013